

**CARL-DIETER SPRANGER,**  
BUNDESMINISTER FÜR WIRT-  
SCHAFTLICHE ZUSAMMENAR-  
BEIT UND ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK DEUTSCH-  
LAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Grundlagen und Perspektiven erfolgreicher Entwicklungs- zusammenarbeit

Einführungsvortrag der V. Völkerrechtskonferenz „Nichtstaatliche Akteure in der Rechts- und Politikgestaltung“

Ich freue mich, Sie zu dieser bedeutsamen Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung begrüßen und Ihnen meine Überlegungen und Erfahrungen zum Thema Grundlagen und Perspektiven erfolgreicher Entwicklungszusammenarbeit vortragen zu dürfen. Als ich 1991 erster EM des wiedervereinigten D und bis Oktober 1998 dann der bis dahin dienstälteste EM wurde, war ich bereits 19 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und 9 Jahre PStS im Bundesinnenministerium gewesen. Ich wusste um die Schwierigkeit, der Masse der Bevölkerung Notwendigkeit und Bedeutung der EZ, ihrer Finanzierung und ihrer Wirkung zu vermitteln. Gleichermäßen schwierig und differenziert war es, praktische EZ mit nachhaltiger Wirkung zum Wohle der Menschen in den Partnerländern zu organisieren und zu gestalten. Man musste überzeugend folgende Fragen beantworten:

- Warum ist EZ wichtig und notwendig?
- Was muss sie leisten und welche Schwerpunkte müssen gesetzt werden?
- Welche Verantwortung haben die Partnerländer, um finanzielle, personelle und organisatorische Ressourcen möglichst erfolgreich einzusetzen?

I. In den 90er Jahren eröffneten sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ende des Ost-West-Konfliktes für

die Welt neue Hoffnungen und neue Möglichkeiten partnerschaftlicher, gleichberechtigter, von gegenseitiger Achtung getragener Zusammenarbeit, neue Hoffnungen und Chancen zur Überwindung von Armut, Umweltzerstörung, Bevölkerungsexplosion, Verschuldung, Epidemien, Drogenhandel, Gewalt, Terror, Krieg, Staatsverfall, Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen. Doch bis heute sind diese und viele andere Plagen nicht verschwunden.

Einerseits haben sich viele Länder in Osteuropa, Asien, Lateinamerika und Afrika dynamisch und erfolgreich entwickelt und gestalten das globale Geschehen politisch und wirtschaftlich zunehmend mit. Andererseits sind viele andere Länder durch die genannten Plagen weiter bedroht. Und weitere Probleme sind dazu gekommen: Die wachsende Kluft zwischen erfolgreichen und erfolglosen Ländern, die steigende Konkurrenz um Rohstoffe und Energie, Perspektivlosigkeit und politische Radikalisierung. Der größte Krisenherd liegt seit langem mit wachsender Bilanz im Nahen Osten mit dem seit vielen Jahren geführten unerklärten Krieg zwischen Israelis und Palästinensern. Der 1. Golfkrieg hat daran nichts geändert – im Gegenteil. Die Spirale von Gewalt und Gegengewalt, Terror und Gegenterror setzt sich fort mit dem Terroranschlag vom 11.09., dem Einsatz der Natostaaten in Afghanistan und dem völkerrechtswidrigen Krieg der USA

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CARL-DIETER SPRANGER,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

gegen Saddam Hussein und im Irak mit schrecklichen Folgen und Opferzahlen. Weltweit wachsen islamistischer Terror und Kriegsgefahr, denkt man nur an die Konflikte zwischen Kurden, Türken, Sunniten, Schiiten oder mit dem Iran.

Das hat einerseits die Bedingungen für EZ verschlechtert, andererseits ihre Notwendigkeit verstärkt. Sie bleibt nicht nur eine moralische Verpflichtung der reichen Staaten gegenüber den ärmeren Staaten. Es liegt vielmehr im nationalen Interesse aller Staaten, den Übeln der Welt entgegenzuwirken. Die Staaten sind – ob sie wollen oder nicht – in einer Verantwortungs- und Sicherheitsgemeinschaft verbunden. Wir haben nur die Eine Welt und sie ist in Chancen und Risiken unteilbar, so unterschiedlich die Zustände, Strukturen, Entwicklungen und Perspektiven der Staaten und Völker auch sein mögen.

EZ wird notwendiger, um destabilisierte, von Bürgerkrieg und Terror bedrohte Regionen zu stabilisieren und mit den betroffenen Menschen Frieden, Sicherheit und Zukunft aufzubauen. Mit Waffen und Militär allein wird. z.B. in Afghanistan niemals Terror verhindert werden können. Es ist auch sinnlos, die Menschen mit Gewalt zu westlichen Verfassungs- und Gesellschaftsmodellen zu bekehren. Ich teile die Auffassung der EKD, dass Rechtsstaatlichkeit und Demokratie Ländern mit anderen Gesellschaftsstrukturen und Traditionen nicht aufgezwungen werden dürfen.

Stabilität und Frieden gibt es nur, wenn sich die konkreten Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern und wir sie dadurch für eine friedliche Zukunft gewinnen werden. "Gewinnen" heißt: Die Afghanen z. B. müssen selbst dürfen, können und wollen, es muss mit ihren Traditionen und Erfahrungen, mit Mentalität, Kultur und Religion übereinstimmen, was z. B. im Bereich der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit,

wirtschaftlicher und technischer Fortschritt, Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Bildung erreicht werden kann.

Dies ist das langfristige, sehr personalintensive und finanziell aufwendige Anliegen unserer Entwicklungszusammenarbeit.

## II. Was kann und muss EZ leisten?

Das Ziel, die Lebensbedingungen der Bevölkerung langfristig und nachhaltig zu verbessern, erreichen wir nicht mit Weltsozialhilfe, möglichst viel Budgethilfe oder im Wege der Ersatzvornahme. EZ kann nur Hilfe zur Selbsthilfe sein, muss zur Eigenverantwortung des Einzelnen und der Bevölkerung und zur eigenen Initiative ermutigen.

Jeder trägt die Verantwortung für seine Zukunft und Entwicklung zunächst selbst. Durch unsere Zusammenarbeit können wir aber die schöpferischen Kräfte der Menschen in den EL wecken und fördern. EZ bedeutet Partnerschaft, ob sie über bilaterale, multilaterale, staatliche oder nichtstaatliche Kanäle läuft. Zu meiner Zeit war das Verhältnis der bilateralen zur multilateralen Hilfe 65 % zu 35 %. Die deutsche bilaterale EZ hat bei den Partnerländern einen hervorragenden Ruf. Hier stehen bei GTZ, bei KfW, DEG, in Stiftungen der Parteien wie der Konrad-Adenauer-Stiftung und vielen anderen öffentlichen und privaten Organisationen Tausende von hervorragenden Experten zur Verfügung. Die deutsche staatliche und nichtstaatliche EZ überzeugt durch ihren Erfolg.

Sie genießt mit Recht so große Anerkennung. Ob Qualität und Effizienz der multilateralen EZ und deren Abstimmung mit den bilateralen Gebern dem entsprechen, bezweifle ich, z. B. bei der EU. Die nationale EZ zugunsten der multilateralen zu verringern wäre m. E. deshalb falsch. Wie andere Staaten auch sollte D seine nationale, bilaterale EZ mit ihren Institutionen und Konzepten klaren

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

**CARL-DIETER SPRANGER**,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Vorrang beimessen und nicht in internationalen Töpfen unerkannt verschwinden lassen, auf deren Verwendung wir wenig Einfluss haben.

NRO sind von großer Bedeutung, weil sie den Menschen in EL besonders nahe verbunden und oft auch vor Ort in den Partnerländern gesellschaftlich verankert sind. Sie können auch dann noch helfen, wenn staatliche Zusammenarbeit nicht mehr möglich ist. In D stärken sie in der Bevölkerung Rückhalt und Verständnis für Entwicklungspolitik und wecken das Gefühl der Verantwortung für die EL.

2. Schwerpunkte der EZ sind für mich Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Bildung.

a) Armut – nach wie vor das größte Problem in vielen EL – kann nicht allein durch Industrialisierungsstrategien, Kapital- und Wissenstransfer überwunden werden. Es sind strukturelle Änderungen und Reformen notwendig, damit die Menschen die Möglichkeit erhalten, durch die Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Alle Fördermaßnahmen müssen die produktiven Fähigkeiten der Armen verbessern. Dazu gibt es viele Modelle.

So hatte ich Anfang der 90er Jahre hier in Bonn im BMZ meine erste Begegnung mit dem letztjährigen Friedensnobelpreisträger Prof. Junus aus Bangladesch, der dort das Modell der Grameenbank entwickelt und dann weltweit angewandt hat. Bis heute hat sie mehrere Mio. Menschen zur Selbständigkeit als Klein- und Kleinstunternehmen verholfen. Arme, Landlose, vor allem Frauen werden zur Bildung von Sparkapital motiviert und Kleinstkredite für selbständiges Wirtschaften gewährt (Hühnerkauf, Frühstücksküche, Bürgen und Kontrolle vor Ort).

In Indonesien haben wir geholfen, Kleinstunternehmen bankfähig zu machen

und Banken bei kundenfreundlichen Finanzdienstleistungen unterstützt.

In Brasilien halfen wir beim Projekt Prorenda bei der Förderung von Selbsthilfeinitiativen einkommensschwacher Bevölkerungsschichten in Stadt und Land durch Produktivitätssteigerung, Anbaudiversifizierung bei Kleinbauern, Beschäftigungsförderung durch Zusammenarbeit mit Kleinstunternehmerverbänden und Stärkung der Selbstverwaltungskapazitäten. Patecore in Burkino Faso war ein Projekt zur Förderung standortgerechter Bewirtschaftung und schonender Nutzung natürlicher Ressourcen durch ganze Dorfgemeinschaften.

b) Strukturelle Reformen setzen an den Ursachen der Armut an. So wurden in Niger zur Schaffung von Arbeitsplätzen private Unternehmen gefördert u. a. durch Finanzierung von Bauarbeiten zur Schaffung und Erhaltung öffentlicher Einrichtungen und der Infrastruktur, die arbeitsintensiv von kleinen lokalen Unternehmen durchgeführt wurden. Im Senegal wurde die Zerstörung illegaler Wohn- und Slumbildung ersetzt durch die Beteiligung der Bevölkerung an allen Planungs- und Durchführungsarbeiten zur Verbesserung der Wohnungsinfrastruktur. In Tansania wurden Ersatzteile, Ausrüstung und Reifen für Überlandbusse finanziert, um Engpässe im Transportwesen zu beseitigen. Das verbesserte die Absatzchancen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und die Agrarvermarktung, was besonders den Armen zugute kam.

Die Förderung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft ist eine besonders wichtige Aufgabe der EZ. ausreichende Nahrungsmittelproduktion unter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist das Fundament jeder Entwicklung (China 1978). Agrarforschung und Technologie, Züchtung resistenter und standortangepasster Sorten sind von herausragender Bedeutung (im Sudan unkrautresistente Sorghum-Getreide entwickelt).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CARL-DIETER SPRANGER,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A. D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Züchtung ertragreicher Sorten reduzieren den Bodenverbrauch. Umweltverträgliche Bekämpfungsverfahren wirken dem Massenbefall von Schädlingen entgegen. Biologisch integrierter Pflanzenschutz soll der Bedrohung durch Wüstenheuschrecken entgegenwirken. Umweltorientiertes Wassermanagement wie im indischen Bundesstaat Maharashtra durch Aufforstung, Anbau von Windschutzhecken und die Anlage von Brennholzpflanzung wirken Bodennutzungsdruck durch wachsende Bevölkerung und der Entwaldung im Wassereinzugsgebiet entgegen.

c) Die Wechselwirkung zwischen Armut und Umweltzerstörung z. B. im Bereich der Länder Subsahara und Afrika unterstreicht die Bedeutung, die dem Umwelt- und Ressourcenschutz in der EZ zukommt. Umweltzerstörung schadet den Armen. Armut und hoher Bevölkerungsdruck sind Ursachen von Umweltschäden. Die Spirale von Armut und Umweltzerstörung ist eine der Ursachen für die zunehmenden Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen. Sie zu durchbrechen ist wichtige Aufgabe der Verbesserung der agrarischen Produktion ohne weitere Zerstörung der Natur.

Umweltschutz soll die Lebensgrundlagen der Menschheit sichern. In den 90er Jahren war es noch schwierig, vielen EL die Bedeutung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen als Aufgabe der EZ verständlich zu machen. Internationaler Umweltschutz wurde erstmals von Bundeskanzler Helmut Kohl beim Weltwirtschaftsgipfel 1991 in London problematisiert und konsequent in die Umweltkonferenz in Rio 1992 überführt. Hier berieten erstmals Staats- und Regierungschefs aller Nationen über Umweltschutz. Die Rio-Deklaration und die Agenda 21 wurden Ausgangspunkt für zahlreiche weitere internationale Konferenzen und Beschlüsse zum globalen Schutz der Umwelt. Heute, im Zeichen der Debatte um Klimawandel, wird Umweltschutz als herausragende Aufgabe weltweit anerkannt. Das gilt auch für die

Industrieländer bei der Reduzierung des Energieverbrauchs, dem sparsamen Umgang mit Rohstoffen und dem Einsatz umweltverträglicher Technik.

Das Thema gewann an Bedeutung, weil auch immer mehr EL in eine Art "ökologische Armutsfalle" gerieten: Übermäßige Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden, Vegetation und Wasser, Bodenversalzung, Wasserbelastung, Überweidung, Abholzung und Abbrennen, die Erosion und Wüstenbildung vor allem in Asien und Afrika führten auch zur Abwanderung von Teilen der Landbevölkerung und zur Bevölkerungsexplosion in den von Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Slumbildung geprägten Großstädte.

Deswegen hat D Desertifikationsbekämpfung und Ressourcenmanagement gerade auch in Afrika unter Beteiligung der Erfahrung und der Methoden der Bevölkerung und ihrer Selbsthilfeorganisationen betont. Das schon erwähnte Patecoreprojekt von Burkino Faso veranlasst die Dorfbewohner, durchlässige und einfache Steinwälle zu errichten, die das Einsickern der Niederschläge in den Boden verbessern und verhindern, dass nach Niederschlägen die Wasserfluten das Erdreich wegspülen. Entlang der Steinwälle pflanzen sie Bäume, Sträucher und Futterpflanzen. In Bildungsveranstaltungen wurden ihnen und ihren einheimischen Beratern neue landwirtschaftliche Methoden vermittelt und anhand von Luftaufnahmen erstellten sie Pläne zur Verbesserung der Landnutzung.

Der Einsatz erneuerbarer Energiequellen in den EL muss der sogenannten "Brennholzkrise" entgegenwirken.

Der Einsatz fossiler Energieträger bleibt leider immer noch unverzichtbar. Doch bei Produktion, Transport und Einsatz von Energie sind Einsparungen und höhere Effizienz erforderlich. Hier hat die GTZ mit ihren Experten beispielsweise das chinesische Energieministerium bei der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CARL-DIETER SPRANGER,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Verbesserung messtechnischer Möglichkeiten, Schadstoffreduzierung und Verbesserung bei der Feuerung zur Brennstoffeinsparung beraten. Erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse eignen sich vor allem für dezentrale Energieversorgungskonzepte in ländlichen Räumen. Das BMZ hat hier Programme zur Einführung photovoltaischer Trinkwasserpumpen in sonnenreichen Gebieten z. B. in Argentinien, Brasilien, Indonesien, Jordanien durchgeführt. Dabei ging es nicht nur um die Demonstration der technischen Reife solcher Anlagen, sondern auch um Trainingsprogramme lokaler Betreiber und Techniker zum Betrieb und Wartung der Anlagen.

Der dauerhaft und wirksame Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ohne Mitwirkung der einheimischen Bevölkerung nicht möglich. Naturschutzgebiete lassen sich nur erhalten, wenn die Bevölkerung hinter den lokalen Schutzmaßnahmen steht. Dies wird in 60 Ländern und über 120 Projekten bei der Erhaltung und sinnvollen Nutzung der Tropenwälder durch deutsche EZ praktiziert. Dabei wird die Akzeptanz des Naturschutzgedankens in der Bevölkerung verbessert, die Effizienz von Landes- und Umweltbehörden gefördert und ökologisch-sozialverträgliche Waldnutzung zur Existenzsicherung der ansässigen Bevölkerung ermöglicht.

Die Zusammenarbeit zwischen Mexiko und D hat z. B. Regenwaldgebiete auf der Halbinsel Yukatan gerettet. In diesen Waldgebieten lebende Dorfgemeinschaften wurden Waldflächen zur selbstverantwortlichen Bewirtschaftung übereignet. Bestimmte Flächen wurden für intensive, klimatisch angepasste Landwirtschaft ausgewählt, so dass die Siedler sich selbst versorgen konnten. In den verbleibenden Forstgebieten bestimmten nach sorgfältiger Waldinventur die Dorfbewohner die jährlichen Einschlagsgebiete und Quoten, wiesen Waldschutzgebiete aus, führten die Holzernte und Waldbewirtschaftungsmaßnahmen selbst durch und handelten über ihre

Forstbeauftragten auch die Preise für das genutzte und z. T. in eigenen Sägewerke weiter verarbeitete Holz aus. Während früher jährlich 30 T Kubikmeter Holz ausgeschlagen wurden, sind es heute nur noch 7 T. Die Rechnung ging dennoch für die Siedler auf, weil die Kredite für die Maschinen bereits in den Anfängen aus den Holzerträgen zurückgezahlt werden konnten. Die Bevölkerung war direkt am Ertrag der Holzkonzessionen beteiligt und entwickelten so ein gemeinsames Interesse daran, das ihnen übereignete Tropenwaldgebiet dauerhaft zu nutzen und damit auch zu erhalten.

Umweltschutz ist nicht als Einzelaufgabe, sondern als grundlegende Herausforderung der gesamten EZ zu verstehen. Deswegen werden alle deutschen, bilateralen Entwicklungsprojekte auf ihre Umweltwirkungen abgeschätzt und bewertet. Die direkten und indirekten Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt werden untersucht und in Zusammenarbeit mit den Partnerländern Alternativen oder Schutzmaßnahmen identifiziert. Deren Einhaltung wird überprüft und angepasst. Denn der Schutz natürlicher Ressourcen darf nicht erst am Ende, sondern muss als Voraussetzung am Anfang jeder dauerhaften Entwicklung stehen.

d) Bildung und Ausbildung ist die zentrale Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung aus eigener Kraft. der Ausbildungsstand junger Menschen ist für die Zukunftschancen eines Volkes von ausschlaggebender Bedeutung. Deren Förderung war für mich der 3. Schwerpunkt der EZ. Insbesondere auch Mädchen und Frauen muss der Zugang zu Bildungsmaßnahmen erleichtert werden.

Dabei genügt es nicht, möglichst viel Akademiker zu produzieren. Von zentraler Bedeutung ist vielmehr die Grundbildung. Sie legt das Fundament, auf dem jede weitere Bildung aufbaut. Deswegen müssen auch die EL dem Grundbildungssektor verstärktes Gewicht beimessen. Schwache

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CARL-DIETER SPRANGER,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Schulverwaltungen, geringe und unregelmäßige Bezahlung der Lehrer, mangelhafte Qualifikation der Ausbilder, fehlendes Lehrmaterial sowie unzureichende Bildungsinhalte und Infrastruktur sind gewaltige Probleme der Schulsysteme in vielen EL. Sektoranalysen des Bildungsbereiches und gezielte Beratungs- und Förderungsmaßnahmen müssen deshalb die Finanzierung von Schulbauten und Ausrüstungslieferungen ergänzen. Außerschulische Alphabetisierungs- und Bildungsprogramme sollen Jugendliche und Erwachsene, die aus wirtschaftlicher Not keine Schule besuchten, den Zugang zu Bildungseinrichtungen ermöglichen.

Eine Investition in den erwerbsfähigen Menschen ist die berufliche Bildung. Sie trägt nicht nur zum Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft bei, sondern befähigt den Einzelnen, Einkommen zu erwirtschaften und sich und seiner Familie eine Zukunft in seiner Heimat aufzubauen. Nur auf dieser Basis lässt sich der dringend benötigte Mittelstand entwickeln. Entsprechend dem weltweit führenden deutschen dualen Ausbildungssystem erfahren junge Menschen berufliche Ausbildung sowohl an Berufsschulen, als auch in den Betrieben. Dies setzt voraus, dass die Wirtschaft bereit ist, selbst in ihren Betrieben auszubilden. Die Berufsschulen müssen bereit sein, mit der Wirtschaft zusammenzuarbeiten, damit entsprechende Lehr- und Ausbildungsverträge abgeschlossen werden können. Zahlreiche Länder bitten heute D um Unterstützung bei der Einrichtung des beruflichen Ausbildungswesens. Dabei ist entscheidend, dass die Wirtschaft praktische Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Wenn das nicht geschieht, funktioniert das duale Ausbildungssystem nicht. Die Wirtschaft muss lernen, dass die dabei entstehenden Ausbildungskosten nicht verloren, sondern Voraussetzung für qualifizierte Arbeitsplätze und damit die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen national und international sind.

Der dritte Schwerpunkt im Bereich Ausbildung ist die Förderung des

Hochschulwesens. In den vergangenen Entwicklungsdekaden haben allerdings die EL oft überproportional viele Akademiker ausgebildet – mit Unterstützung natürlich der Industrieländer – ohne dass entsprechender Bedarf vor allem der Wirtschaft vorhanden war. Die Finanzkraft des Staates sowie die Absorptionsfähigkeit des Arbeitsmarktes wurden überfordert. Akademikerschwemme in den EL aber führt zur Abwanderung der Akademiker in die Industrieländer und damit zum Verlust an intellektuellem Potential in den EL. Deswegen hat D sich in der EZ auf entwicklungsrelevante Fachbereiche wie Ingenieurwissenschaft, Naturwissenschaft, Land- und Forstwirtschaft konzentriert, aber auch Umweltschutz und Ausbildung entsprechender Fachleute und Schaffung von entsprechenden Forschungseinrichtungen.

Die Förderung der Bildung wird ergänzt durch Fortbildungsprogramme, damit Entwicklungsprojekte von den Menschen eigenständig fortgeführt werden können. In Thailand wurden im Zuge der Errichtung von Biogasanlagen und umweltfreundlicher Energiegewinnung örtliche Handwerker darin ausgebildet, die Anlagen zu bauen und zu warten. Im brasilianischen Bundesstaat Parana bauen Deutsche und Brasilianer Fachbehörden auf, die sich mit den Umweltauswirkungen von Wasserkraftprojekten befassen. In Namibia förderten wir ein Informations- und Erziehungszentrum mit dem Ziel, das Bewusstsein und die Verantwortung gerade der Jugendlichen in Fragen des Natur- und Umweltschutzes zu wecken und aktiv Rehabilitierungsmaßnahmen zum Schutz gefährdeter Tierarten durchzuführen. Für Indien wurden Fachleute ausgebildet, die im Großraum Delhi Maßnahmen zu Reinhaltung von Luft und Wasser einrichteten. All diese Beispiele zeigen, dass insgesamt der Förderung der Bildung ein kaum zu überschätzendes Gewicht zukommt, um den Kreislauf aus Armut und Unterentwicklung zu durchbrechen und zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Menschen in den EL beizutragen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CARL-DIETER SPRANGER,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

3. Für die Entwicklung eines Landes entscheidend sind die internen Rahmenbedingungen. Entwicklung kann nicht von außen gemacht werden. Zusammenarbeit kann nur dann wirksam sein, wenn unsere Partnerländer ihre eigene Verantwortung erkennen und wahrnehmen. Die zentrale Voraussetzung für Entwicklung ist die Eigenanstrengung der Partner. Die Wirksamkeit von Hilfsmaßnahmen und deren Nachhaltigkeit hängt immer davon ab, ob ein Staat seinen Bürgern eine Ordnung vorgibt, die es in den Menschen erlaubt, ihre schöpferischen Kräfte zu entfalten. Auch noch so hohe Geldtransfers bleiben auf Dauer ohne Wirkung, wenn in den EL selbst keine entwicklungsfördernden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bestehen.

1991 hat die deutsche EZ Art, Umfang und Ausrichtung der deutschen EZ an 5 wertbezogene Kriterien gebunden:

- Beachtung der Menschenrechte
- Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess
- Gewährung von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit
- Schaffung einer marktfreundlichen Wirtschaftsordnung
- Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns

Heute wird dies mit dem Begriff "Good governance – gute Regierungsführung" als Grundvoraussetzung für E anerkannt. Sie bedeutet die Fähigkeit einer Regierung, die wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen des Landes effektiv zu verwalten, eine tragfähige Politik und einen umfassenden gesetzlichen Rahmen für die Tätigkeit verschiedener Akteure in der Wirtschaft und anderswo zu entwerfen und umzusetzen, dem Erfolg der Wirtschaft durch gerechte Regeln Vorschub zu leisten und Korruption und Gewissenlosigkeit im öffentlichen wie im privaten Bereich einen Riegel vorzuschieben.

a) Die Wiener Menschenrechtskonferenz vom Juni 1993, ein Meilenstein für das

Zusammenleben aller Menschen und Völker, hat noch einmal unterstrichen: Bei aller kulturellen Verschiedenheit: die Achtung der Menschenrechte sind grundlegende Erfolgsvoraussetzungen für erfolgreiche EZ. Dabei geht es nicht nur um die individuellen Menschenrechte nach westlichem Verfassungsverständnis, sondern gleichermaßen und die sozialen wie das Recht auf Nahrung, Wohnung, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Ordnung, Sicherheit, Frieden und Stabilität (Li Peng). Öffentliche Verurteilungen oder Aktionen des erhobenen moralischen Zeigefingers mögen im Westen medienwirksam sein, für die Betroffenen bringen sie meistens gar nichts. Partnerschaftliche Zusammenarbeit beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen ist da viel sinnvoller – auch im Interesse der EL (China: nicht nach deutschem Modell!).

b) Die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Entscheidungen bietet die Gewähr dafür, dass der Entwicklungsprozess an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet ist. Doch verfassungsrechtliche Modelle aus den westlichen Staaten können nicht einfach auf die EL übertragen werden.

Die Achtung der sozio-kulturellen Gegebenheiten im jeweiligen Land ist unverzichtbar. Afrika oder islamische Länder haben andere Modelle der Teilhabe aus der Westen. Starke Führungen durch einzelne Personen oder staatliche Organe sind für viele EL unverzichtbar. Demokratie nach westeuropäischem Muster ist oft nicht praktikabel und widerspricht den heimischen Traditionen, Kulturen, Religionen und Mentalitäten.

c) Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind wichtige Voraussetzungen für den Aufbau einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu gehören gleiches Recht für alle, die Freiheit von Folter, die Gewährung grundlegender Rechte bei der Festnahme, die Unabhängigkeit der Justiz und die Transparenz und Berechenbarkeit staatlichen Handelns. Privatwirtschaft bedarf nun einmal der Einklagbarkeit

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

CARL-DIETER SPRANGER,  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

19. November 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

vertraglicher Rechte und Pflichten. Rechtsunsicherheit und Korruption verhindern ausländische Investitionen.

d) Die Schaffung einer marktfreundlichen Wirtschaftsordnung ist die entscheidende Bedingung für die Beseitigung der Armut. Wettbewerb, Schutz des Eigentums, Preisfindung durch den Markt, Gewerbefreiheit sind Voraussetzung für die freie Entfaltung des Einzelnen auch im Wirtschaftsleben. Sozialistische Planwirtschaft war ein schrecklicher Irrweg. Sozialismus durch Bürokratismus ist es ebenso.

e) Entwicklungsorientierung schließlich bedeutet, dass die Regierungspolitik vorrangig darauf gerichtet sein muss, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zur Besserung der Lage der Menschen zu fördern. Der Staat muss ein Umfeld schaffen, in dem sich z. B. Handwerk, Kleingewerbe, Industrie, landwirtschaftliche Unternehmen und auch der informelle Sektor entfalten können.

Diese Kriterien sollen Ausrichtung, Art und Umfang der EZ so bestimmen, dass wir Entscheidungen der Regierungen zu positiven Reformen unterstützen und bei der Durchsetzung dieser Reformen helfen. Dabei kann nicht übersehen werden, dass für manche Gebermächte wie China bei seiner EZ-Offensive in Afrika und Lateinamerika "Good governance" kein Maßstab in der EZ ist. Vielmehr wird das Prinzip der Nichteinmischung betont. Günstige Handelsabkommen, Direktinvestitionen und Kredite für Infrastrukturprojekte als Gegenleistung für Rohstofflieferungen erscheinen verlockender als Forderungen nach "Good governance". Allerdings nützt dies schon mittelfristig wohl nur dem Geberstaat, nicht den Menschen in den EL.

Im Sinne dieser 5 Kriterien fördern wir Ausbildungszentren, die den Menschenrechtsgedanken in Afrika weiter verbreiten. In Niger und Ruanda

unterstützen wir Rechtsberatungsprogramme, um bei Angehörigen von Polizei und Justiz das Verständnis für rechtsstaatliche Grundsätze und Verfahren zu stärken. In Namibia haben wir bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung geholfen.

Zur Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen gehört auch die Stärkung gesellschaftlicher Gruppierungen wie Arbeitsgeberverbände, Gewerkschaften, Selbsthilfeorganisationen und Interessenverbände. Nichtregierungsorganisationen der Industrieländer, vor allem die politischen Stiftungen der Parteien, haben hier eine herausragende Aufgabe. Sie tragen damit zur Belebung des gesellschaftlichen Lebens in den EL bei, wecken die Eigeninitiative der Menschen und stärken die Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen.

Auch die Industriestaaten müssen stärker miteinander kooperieren und ihre Entwicklungspolitik aufeinander abstimmen. Sie müssen beitragen zu weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die es den EL ermöglichen, ihre Produkte im internationalen Handel zu verkaufen. Freier Handel ist der beste Entwicklungshelfer. Dazu gehören der weitere Abbau protektionistischer Maßnahmen, die Liberalisierung des weltweiten Agrarhandels wie die Schaffung eines dem GATT vergleichbaren Ordnungsrahmens für den Handel mit Dienstleistungen. Die Industrieländer dürfen sich nicht durch Handelshemmnisse von EL abschotten. D hat sich gegen alle Versuche gewehrt, den europäischen Markt mit neuen tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen nach außen abzuschotten. Aus vielerlei Gründen ist dies ein schwieriges und langwieriges Arbeitsfeld – ich habe da keine Illusionen mehr.

Das gilt auch für wirksame Entschuldungsstrategien gegenüber EL. Umschuldungen oder Schuldenerlasse müssen von der grundsätzlichen

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**CARL-DIETER SPRANGER,**  
BUNDESMINISTER FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
ZUSAMMENARBEIT UND  
ENTWICKLUNG DER  
BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND A.D.

**19. November 2007**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Bereitschaft des Schuldnerlandes abhängig gemacht werden, die Ursachen der Verschuldung zu beseitigen und Reformen und Anpassungsprogramme durchzuführen. In erster Linie bleibt es Aufgabe der EL selbst, ihre Volkswirtschaften in Ordnung zu bringen und durch eine vernünftige Politik ihre Kreditwürdigkeit wieder herzustellen, um bei ausländischen Gläubigern und Investoren Vertrauen zu schaffen.

Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, dass richtige EZ eine mühevoll, langwierig, realistische, erfolgsversprechend, dem Wesen der Menschen und ihren Fähigkeiten und Schwächen entsprechende Großaufgabe der kleinen Schritte der Weltgemeinschaft ist. Besser als große Sprüche von "Globalisierung gerecht gestalten, Weltfrieden und gerechte Weltfinanzordnung schaffen" sind diese kleinen konkreten Schritte. Mit ihnen ist und bleibt EZ auch eine sehr konkrete Hoffnung für Millionen von Menschen.